

(A) **Abgeordneter Langhammer:** Im Namen meiner Parteifreunde kann ich erklären, daß wir uns mit dem Antrag und den Ausführungen des Herrn Kollegen Sindermann vollständig einverstanden erklären. Es ist zwecklos, wenn wir uns über die Einzelheiten hier noch aussprechen würden. Das wird im Gesetzgebungsausschuß geschehen. Wir schließen uns also dem Antrage an, diese Gesetzesvorlage unter Nr. 2 dem Gesetzgebungsausschuß zu überweisen, und der Ausschuß wird morgen bereits die Angelegenheit behandeln.

Präsident: Das Wort hat der Herr Minister Nitzsche.

Finanzminister Nitzsche: Meine Damen und Herren! Die Regierung ist bei der Vorlegung dieses Gesetzesentwurfs davon ausgegangen, daß es sich nur um eine Regelung für diese Tagung der Kammer handeln soll, die sie für eine außerordentliche Tagung gehalten hat. Es sollte also für die späteren Tagungen, die man als ordentliche Tagungen wird ansehen können, noch eine anderweite Neuregelung erfolgen, und dabei hat die Regierung allerdings gedacht, daß man auf monatliche Entschädigung zukommen soll.

Aber die Regierung ist nicht der Ansicht, daß man, weil es sich um eine außerordentliche Tagung handelt, nun auf Tagegelder unter allen Umständen zukommen müsse. Sie hat nur geglaubt, sich in diesem Punkte an die feitherige Gepflogenheit und insbesondere an die letzte gesetzliche Regelung anlehnen zu können. Aber sie ist nicht der Ansicht, daß man dem ohne weiteres folgen müsse, und kann im Gegenteil wohl erklären, daß, wenn die Regelung, die die Nationalversammlung in Weimar getroffen hat, der Regierung bekannt gewesen wäre zu der Zeit, als sie sich über diese Vorlage einigte, sie ebenfalls auf eine anderweite Regelung zugekommen wäre. Die Regierung stellt sich also nicht unter allen Umständen auf einen anderen Standpunkt als den der Parteien, der hier von einigen Rednern jetzt kundgegeben worden ist.

(B) Ich glaube überhaupt, daß es richtig ist, sich bei dieser Sache auf den Standpunkt zu stellen, daß die Regelung der Aufwandsentschädigung in erster Linie Sache der Volkstammer selbst ist. Die Mitglieder der Volkstammer müssen wissen, welche Forderungen unter den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen an sie gestellt werden und was sie benötigen, um durchkommen zu können. Es wird deshalb auch die Regierung sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß sie hier bestimmte Summen zu bewilligen habe oder einen ablehnenden Standpunkt geltend machen müsse, wenn eine andere als die vorgeschlagene Regelung erfolgen soll. Man kann die Sache betrachten als eine eigene Angelegenheit der Kammer, als

einen Akt der Selbstverwaltung, den sie hierbei ausübt, (C) wobei die Kammer die Verantwortung für die Beschlüsse, die sie faßt, vor dem Lande selbst übernimmt.

Präsident: Die Debatte ist geschlossen.

Will die Kammer dem Antrage des Abgeordneten Sindermann entsprechend beschließen, die Vorlage an den Gesetzgebungsausschuß zu überweisen?

Einstimmig.

Wir kommen zum 2. Punkt unserer Tagesordnung:

2. Allgemeine Vorberatung über den Antrag des Abgeordneten Bosern und Genossen, die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen aus dem Auslande sowie mit Kohlen und Betriebsstoffen betreffend. (Drucksache Nr. 16.)

Wer wünscht diesen Antrag zu begründen? — Herr Abgeordneter Bosern. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Bosern: Meine Damen und Herren! Es dürfte in diesem Hause vollständige Übereinstimmung darüber herrschen, daß die Zukunft unseres Sachsenlandes eng verknüpft ist mit der zukünftigen Gestaltung seines industriellen und seines wirtschaftlichen Lebens. Es dürfte auch Klarheit darüber herrschen, daß der Krieg wirtschaftlich von dem Lande gewonnen wäre, welches seine Industrie zuerst wieder erfolgreich in Gang setzen könnte. Aus dieser Erkenntnis heraus haben sich schon seit Jahren während des Krieges Forderungen geltend gemacht, die darauf hinausgingen, daß wir im Friedensschluß unserem Gegner Rohstofflieferungen an Stelle einer Kriegsentuschädigung auferlegen sollten. Die Forderung ist natürlich zu einer Zeit gestellt worden, als in Deutschland noch niemand daran glaubte, daß der Krieg auch für uns verloren werden könnte. Bei dieser Forderung hat man in der Hauptsache an die Textilindustrie gedacht. Man ist ja überhaupt leicht geneigt in Sachsen, wenn man von Industrie spricht, zunächst an die Textilindustrie zu denken, da sie doch eine das wirtschaftliche Leben besonders beeinflussende Industrie in unserem Lande darstellt. Man kam auf diese Forderung aus dem Grunde, weil die Rohstoffe, die die Textilindustrie benötigt, in der Hauptsache aus dem Auslande bezogen wurden. Denn der Bedarf an Wolle konnte nur zum geringsten Teile aus unserer heimischen Schafzucht gedeckt werden, wohingegen die Baumwolle, auch die Seide und Jute, restlos aus dem Auslande bezogen werden mußten.

Nun hat ja, wie Ihnen allen bekannt ist, die Textilindustrie während des Krieges einen großen Leidensweg